



Durchwahl: 0511 3030-2152
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-47-Wo-Ja-Mai)

28. November 2018

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 19. bis 23. November 2018

Mittwoch, 21. November 2018

1 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (38. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. a) [Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 \(Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1269](#) neu
- b) [Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2018 - 2022](#)
[Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/1480](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 13** - Allgemeine Finanzverwaltung - unter Einbeziehung der Mipla 2018 - 2022. Er führte die **Einzelberatung** sowie die Beratung des **Informationsteils der Vormerklisten** des Ausschusses für Haushalt und Finanzen mit den dazu von der Landesregierung übersandten Vorlagen durch.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit \(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018\)](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2023](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: GRÜNE

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Christian Fühner (CDU)

Die antragstellende Fraktion der FDP bat um die zeitgerechte Durchführung der Mitberatung für das Dezember-Plenum.

3. [**Beteiligungsmanagement von Landesbeteiligungen professionalisieren, entpolitisieren und demokratisieren**](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2025](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung.

4. [**Kultushoheit Niedersachsens in Gefahr! Bildungsföderalismus bewahren und stärken**](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1856](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Kultusausschusses an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. **Vorlagen**

Vorlage 80 (MWK) - Hochbaumaßnahmen des Landes; Einzelplan 06, Universität Oldenburg; Zentrum für Marine Sensorik; Vorlage gem. § 24 Abs. 3 LHO

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss besprach den **weiteren Ablauf der Haushaltsberatungen** und fasste folgende **Verfahrensbeschlüsse**:

- Die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zu den von den Fraktionen der SPD und der CDU angekündigten Änderungsvorschlägen zum Entwurf des Haushaltsgesetzes und zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes ist für die Sitzung am 28. November 2018 vorgesehen.
- Der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur wird zu den von den Fraktionen der SPD und der CDU angekündigten Änderungsvorschlägen zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes um eine Stellungnahme nach § 28 Abs. 4 GO LT gebeten.

2 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (20. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Gesundes und bewusstes Essen dürfen für Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/648](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Unterausschusses „Verbraucherschutz“ empfahl er dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

2. **Unterrichtungen durch die Landesregierung über die Sperrung von Geflügelbetrieben wegen des Verdachts auf verunreinigtes Futter sowie über die Vorkommnisse in einem Schlachthof in Laatzen**

Der Ausschuss nahm beide Unterrichtungen entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. [Tierschutzverstöße beim Schlachten verhindern - Betäubungspraxis auf den Prüfstand stellen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/748](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Tierärztekammer Niedersachsen
- Friedrich-Loeffler-Institut
- Bundesverband der Geflügelschlachtereien
- Vion Deutschland
- Vieh- und Fleischerhandelsverband Niedersachsen e. V.

4. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss nahm in Aussicht, zusammen mit dem Unterausschuss „Verbraucherschutz“ im Januar 2019 die Internationale Grüne Woche in Berlin zu besuchen.

3 Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
(15. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über die Enttarnung einer Vertrauensperson des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen**

Der Ausschuss nahm die Fortsetzung der Unterrichtung teils **in nicht öffentlicher Sitzung**, teils **in vertraulicher Sitzung** entgegen. Der Ausschuss stimmte einem Aktenvorlagebegehren der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP einstimmig zu.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSchG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **in vertraulicher Sitzung** entgegen.

Donnerstag, 22. November 2018

4 Ausschuss für Inneres und Sport
(36. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. *(zusätzlicher Tagesordnungspunkt)*

Beschlussfassung über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung zur versehentlichen Übersendung vertraulicher Unterlagen durch die Polizeidirektion Görlitz an Rechtsanwalt Sven Adam, Göttingen, sowie Speicherung von Daten eines Journalisten im System INPOL und dessen mutmaßliche Beobachtung durch den Staatsschutz

Der Ausschuss beschloss, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer Vorschriften](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2022](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Er beschloss, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Angehört werden sollen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sowie von Mehr Demokratie e. V.

3. [Zeitgemäße Vorschriften: Tätowierungen für niedersächsische Polizeivollzugsbeamte zulassen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1992](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

4. [Die Anzahl der erfolglosen Abschiebeversuche reduzieren](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2033](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

5. [Land muss seiner Verantwortung gegenüber Landesbeamten gerecht werden!](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2024](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der Grünen und der FDP, zunächst die Mitberatung durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen abzuwarten. Er nahm in Aussicht, im weiteren Verlauf der Beratung die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten sowie Vertreter des NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuhören.

6. [Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/149](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 10 mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstatterin (schriftlicher Bericht): Abg. Dunja Kreiser (SPD).

Außerhalb der Tagesordnung:

[Ehrenamt stärken - Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handhabbar machen!](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1536](#)

Der Ausschuss hatte in seiner 30. Sitzung am 20. September 2018 beschlossen, eine Anhörung durchzuführen und in der 32. Sitzung am 11. Oktober den Kreis der Anzuhörenden festgelegt. Er einigte sich nun darauf, die Anhörung für den 10. Januar 2019 vorzusehen.

5 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(29. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Sicherstellung von qualifiziertem ärztlichem Fachpersonal im öffentlichen Gesundheitsdienst \(ÖGD\)](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1532](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

2. a) [Hilfe für wohnungslose Menschen](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/845](#)
- b) [Einrichtung eines Aktionsprogramms zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1848](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab.

Zu a) empfahl er dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

Zu b) empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: AfD

Die Beschlussempfehlungen ergingen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen.

3. [Impfkosten übernehmen!](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/836](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: -

4. [Kampf gegen Borreliose und FSME verstärken](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/639](#)

Die FDP-Fraktion kündigte an, dass sie den Antrag zurückziehen wird.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Aktionsplan Inklusion 2019/2020**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Vorbereitung der parlamentarischen Informationsreise nach Island und Estland in der Zeit vom 27. Mai bis 1. Juni 2019**

Der Ausschuss informierte sich über den aktuellen Stand der inhaltlichen Vorbereitung der Informationsreise und erörterte organisatorische Fragen.

6 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
(19. Sitzung)

Beratungsthema:

Begegnungstag mit Delegierten der niederländischen Nordprovinzen Groningen, Friesland, Drenthe und Overijssel

Der Ausschuss diskutierte mit Delegierten der niederländischen Nordprovinzen, mit dem Kommissar des Königs in der Provinz Groningen, mit dem MB, mit Vertreterinnen und Vertretern grenznaher Gebietskörperschaften und Institutionen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern grenzübergreifender Kooperationen insbesondere über folgende Themenbereiche:

- Neue EU-Förderperiode ab 2021 und deren Konsequenzen für die bilaterale Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten
- Überblick über die aktuelle grenzübergreifende Zusammenarbeit
- Grenzübergreifender (gemeinsamer) Arbeitsmarkt
- Grenzübergreifende Infrastruktur

Abschließend verabschiedeten der Ausschuss und die Delegierten der niederländischen Nordprovinzen eine gemeinsame Erklärung.

Freitag, 23. November 2018

7 Kultusausschuss
(20. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit \(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018\)](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2023](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: GRÜNE

2. [Kritische Auseinandersetzung mit NS-Propaganda fördern - Dokumentations- und Lernort am Bückeberg in Emmerthal unterstützen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/645](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand hinsichtlich der Konzeption des Dokumentations- und Lernortes

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. [Sozialindikatorensystem für niedersächsische Schulen einführen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1386](#)

und

4. [Schulen mit schwierigen Rahmenbedingungen stärker unterstützen - Ressourcen bedarfsgerechter zuteilen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1393](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er nahm in Aussicht, im Januar oder Februar 2019 eine Anhörung zu den Erfahrungen anderer Bundesländer in dem Bereich durchzuführen. Eingeladen werden sollen Vertreter aus den Bundesländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie Hamburg und Bremen.

5. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/169](#)

und

6. [Erzieherinnen- und Erzieherberuf attraktiver machen - Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weiterentwickeln und nicht abwerten](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/46](#)

und

7. [Kita-Qualität weiterentwickeln - Kita-Qualitätsgesetz in die Tat umsetzen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/157](#)

und

8. [Kita-Fachkräftemangel bekämpfen - Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütung für angehende Sozialpädagogische Assistenten und Erzieher](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/638](#)

und

9. [Frühkindliche Bildung voranbringen](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1069](#)

Die Tagesordnungspunkte 5 bis 9 wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

8 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(23. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung zum Thema „Welche Hürden in den Bereichen Datenschutz, Datensicherheit, Kompatibilität (Innovationsbedarf bei marktgängigen Programmen), Weiterbildung und Kosten-Nutzen-Abwägung müssen adressiert werden, bevor das Building Information Modeling in Niedersachsen eingeführt werden kann?“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung zum geplanten „Pilotvorhaben Ölsaubereitigung“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung im Rahmen einer computergestützten Lichtbildpräsentation entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. [Dauerhaft Mittel für „Meisterprämien“ in den Landeshaushalt einstellen!](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1625](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung mit einer mündlichen Unterrichtung durch die Landesregierung fort.

4. **HVV stärken - Nahverkehr im Hamburger Umland vernetzen und ausbauen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2031

Der Ausschuss nahm die Antragsberatung auf und klärte Verfahrensfragen. Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigte die Vorlage eines Änderungsvorschlages an.

Der Ausschuss beschloss, am 15. Februar 2019 eine mündliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen, zu dem die beiden großen Fraktionen jeweils drei und die drei kleinen Fraktionen jeweils einen Sachverständigen benennen können. Sofern der Änderungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen rechtzeitig vorliegt, soll er in die Anhörung einbezogen werden. Die Arbeitskreissprecher wurden gebeten, den Kreis der Sachverständigen zu benennen und der Landtagsverwaltung mitzuteilen.

5. **Tarifautonomie und Mitbestimmung stärken - Gewerkschaften beim Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen unterstützen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2032

Der Ausschuss nahm die Antragsberatung auf und klärte Verfahrensfragen. Er beschloss, in der nächsten Sitzung eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antragsbegehren entgegenzunehmen.

6. **Mehr Licht für mehr Sicherheit - LED-Modellversuche an Unfallschwerpunkten und Gefahrenstellen in Niedersachsen starten!**
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/536

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in der Fassung eines Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen (Vorlage 2) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

7. **Terminangelegenheiten**

a) **Nachbesprechung der Informationsreise nach Brüssel**

Der Ausschuss führte die Nachbesprechung der Reise durch.

b) **Grüne Woche in Berlin**

Aufgrund des Januar-Plenums, das zeitgleich in der 4. KW tagt, sah der Ausschuss von einem Besuch der Grünen Woche in Berlin ab.

Im Auftrage

Kleinwächter